



WIRTSCHAFTLICHE UND POLITISCHE KRISE GEWERKSCHAFTEN

■ KOMMENTAR		
IWF-Kredit für die Ukraine: Dem Staatsbankrott entgangen – »harte Landung« unvermeidlich		2
Von Katerina Malygina, Eichstätt-Ingolstadt / Bremen		
■ GRAFIKEN ZUM TEXT		
Ausgewählte Finanz- und Wirtschaftsindikatoren		4
■ UMFRAGE		
Politische Krise und Neuwahlen		7
■ ANALYSE		
Herausforderungen und Konsolidierung der ukrainischen Gewerkschaftsbewegung		9
Von Lyudmyla Volynets, Berlin		
■ DOKUMENTATION		
Die wichtigsten Gewerkschaftsverbände im Überblick		12
■ FALLSTUDIE		
Ukrainische Gewerkschaften in ausländischen Unternehmen: Arcelor Mittal und Lactalis		13
Von Lyudmyla Volynets, Berlin		
■ GRAFIKEN ZUM TEXT		
Tarifverträge und Streiks		16
■ CHRONIK		
Vom 28. Oktober bis zum 11. November 2008		18
■ LESETIPP		
Die Ukraine zwischen Ost und West. Außenpolitische und kulturelle Orientierungen		19

Die nächste Ausgabe der Ukraine-Analysen erscheint am 25.11.2008. Thema werden die aktuellen politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen sein.



Kommentar

IWF-Kredit für die Ukraine: Dem Staatsbankrott entgangen – »harte Landung« unvermeidlich

Von Katerina Malygina, Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt / Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Am 6. November 2008 hat die Ukraine einen Stand-By-Kredit in Höhe von 16,4 Mrd. US-Dollar (13 Mrd. Euro) vom Internationalen Währungsfonds (IWF) erhalten. Die wichtigsten Ziele des IWF-Programms für die Ukraine sind, das Zahlungsbilanzdefizit der Ukraine zu minimieren und die Inflation einzudämmen. Als Ergebnis werden eine Abnahme der Inflation von 25,5 % in diesem Jahr auf 17 % im Jahr 2009 und ein Rückgang des Leistungsbilanzdefizits auf 2 % des BIP im Jahr 2009 (verglichen mit 7 % Mitte dieses Jahres und 6,2 % Ende 2008) erwartet.

Die Ziele sollen im Grunde durch eine wirtschaftliche Schocktherapie erreicht werden: Der IWF prognostiziert einen Rückgang der Volkswirtschaft im Jahr 2009 um -3 %. Für die Ukraine heißt das: Einfrieren der Sozialleistungen, Erhöhung der Gaspreise für die Bevölkerung und Freigabe des Wechselkurses.

Noch vor der Entscheidung über die Kreditvergabe hatte sich eine Debatte über das Darlehen als solches in den ukrainischen Medien entfaltet. Die meisten Stimmen äußerten sich kritisch, was bereits an den Überschriften der Artikel sichtbar wird: »Das Ende souveräner Wirtschaft«, »IWF-Kredit Abzocke«, »Wir werden in Schuldknechtschaft genommen«, »IWF-Droge«, u. a. Die Botschaft dieser Artikel besteht darin, dass der IWF für zwei Jahre die Geld- und Innenpolitik der Ukraine diktieren wird und die Ukraine ihre Schulden kaum je wird bezahlen können. Die ukrainischen Politiker haben sich trotz aller Warnungen für die Kreditnahme entschieden. Welche Motive hatten sie dafür?

Dem Staatsbankrott entgangen

Die wichtigste Voraussetzung für das IWF-Darlehen war die Verabschiedung des sogenannten Antikrisenpakets durch das Parlament. Aus diesem Grund hat Präsident Viktor Juschtschenko seinen Erlass über vorgezogene Wahlen am 20. Oktober ausgesetzt und das Parlament (Werchowna Rada) weiter arbeiten lassen. Der geforderte Wirtschaftsrettungsplan wurde im Parlament am 31. Oktober angenommen. Die Effizienz und Produktivität des ukrainischen Parlaments in diesem Zeitraum ist bemerkenswert. Es drängt sich die Frage auf, warum sich die ukrainischen Politiker so schnell auf alle Bedingungen des IWF geeinigt haben. Denn weder Island noch Ungarn hatten es so eilig, die IWF-Kredite zu bekommen.

Darüber hinaus erhielt die Ukraine schon am 10. November die erste Tranche im Umfang von 4,5 Mrd. US-Dollar. Das Bestreben der ukrainischen Elite, die erste Milliardenüberweisung so schnell wie möglich zu erhalten, steht nicht im Einklang mit den öffentlichen Erklärungen, der IWF-Kredit solle als Vertrauensbeweis gelten. »Das Darlehen brauchen wir für das nächste Jahr«, sagte der Präsident der Vereinigung der ukrainischen Banken Oleksandr Sugonyako am 21. Oktober. Warum benötigte die Ukraine dann so dringend die IWF-Kredite und in einer so großen Menge? Die Nationalbank der Ukraine (NBU) hat ja mit internationalen Reserven von mehr als 30 Mrd. US-Dollar vielfach geprahlt. Das sollte eigentlich für die Stabilisierung des Hrywnja-Dollar Wechselkurses bis zum Ende des Jahres reichen.

Nach letzten offiziellen Angaben der NBU verfügte die Ukraine im Oktober 2008 über Devisenreserven in Höhe von 36,78 Mrd. US-Dollar. Davon waren nur 16,25 Mrd. US-Dollar Bargeld bzw. Einlagen und der Rest, 20,53 Mrd. US-Dollar, wurde in Wertpapieren von Devisenausländern investiert. Aufgrund der NBU-Interventionen auf dem Interbankenmarkt im letzten Monat betragen die liquiden Devisenreserven der NBU derzeit vermutlich nicht mehr als 12–13 Mrd. US-Dollar. Jetzt wird klar, warum sich die ukrainischen Politiker mit der Gewährung des IWF-Kredits so beeilten. Aufgrund der raschen Hrywnja-Abwertung hatte die NBU einfach kein Geld für die weitere Unterstützung des Kurses, die die Aufregung um die Währung verringern sollte. Der Ukraine drohte der Staatsbankrott. Aber die ukrainischen Staatsführer wollten diese Tatsache nicht zugeben, da dies bedeutet hätte, die Politik der NBU sei fehlerhaft gewesen. Daher reagierte der Block Timoschenko ausgesprochen harsch auf die Erklärung des Präsidenten der NBU Wolodymyr Stelmach vom 29. Oktober. Er sagte, die Ukraine würde den Staatsbankrott anmelden, falls ihr kein IWF-Kredit gewährleistet würde. Bereits am 30. Oktober forderte der Block Timoschenko den Rücktritt von Stelmach und der reale Wechselkurs der Hrywnja erreichte seine Spitze: 7,2 UAH / USD.

Jetzt ist auch klar, warum die Ukraine in alle noch so harten Bedingungen des IWF einwilligte, die inneren Streitigkeiten beendete und es schaffte, in nur drei Wochen einen IWF-Kredit zu bekommen. Wenig überraschend ist nun auch die Antwort auf die Frage, warum

der IWF so schnell auf den Hilferuf der ukrainischen Regierung reagierte. Wenn die Ukraine Staatsbankrott anmelden würde, würde dies zusätzliche Belastungen für die westlichen Banken bedeuten.

Völlig logisch scheint jetzt auch die Tatsache, dass trotz der positiven Nachricht über die Milliardenkreditvergabe die meisten Investoren der Ukraine nach wie vor skeptisch gegenüberstehen. Die Ratingagenturen Fitch und Moody's erklärten schon, dass selbst mit einem IWF-Darlehen gewisse Risiken für die Ukraine weiterhin bestehen bleiben. Es scheint, dass sie nicht die Absicht haben, die Ratings der Ukraine zu verbessern. Ja, die Entscheidung über die Kreditvergabe hat die Lage leicht entspannt: So fielen die sogenannten Credit Default Swaps (CDS), die das Niveau der Kreditversicherung anzeigen, um 1000 Punkte (von 2600 Rekordpunkten). Aber schon diese 1600 Punkte CDS zeigen das geringe Vertrauen in die Ukraine unter internationalen Investoren.

Letztlich ist jetzt auch die riesige Summe des Kredits erklärbar, die fast der Hälfte der internationalen Reserven der Ukraine entspricht und acht Mal höher ist als die ukrainische Quote im IWF. Nach Meinung der NBU ist dieses Geld jedoch nicht ausreichend. Nach dem IWF-Darlehen führt die Ukraine nun Verhandlungen mit der Weltbank über einen Kredit in Höhe von 2 Mrd. US-Dollar. Am 27. Oktober erklärte die NBU, dass sie auf Finanzhilfen in Höhe von insgesamt 20 Mrd. US-Dollar für die Ukraine bis Ende 2008 setze. Dieser Betrag entspricht gerade der Summe, die in Wertpapieren von Devisenausländern angelegt wurde. So ist die Ukraine gezwungen, faktisch ihr Geld im Westen verzinslich zu leihen. Ihre Schuldenlast wird immer höher und nicht so einfach zurückzuzahlen sein.

Ungünstige Bedingungen

Die Bedingungen des IWF-Darlehens erwiesen sich als nicht so vorteilhaft, wie sie zunächst von ukrainischen Politikern präsentiert wurden. Erstens, wird der Zinssatz variabel und von der Höhe des globalen Zinses abhängig sein. So kann der heutige Zinssatz von 3,7 % pro Jahr verändert werden und der Kredit wird dann unter Umständen noch teurer für die Ukraine. Zweitens, ist die Ukraine verpflichtet, das Darlehen inner-

halb von fünf statt in fünfzehn Jahren zurückzuzahlen, wie dies zunächst von der ukrainischen Elite verkündet worden war. Laut Balazs Horvath, IWF-Vertreter in der Ukraine, ist die Ukraine verpflichtet, den Kredit ab 2010 innerhalb von zwei Jahren zurückzuzahlen, die Zinsen dagegen werden quartalsmäßig im Laufe des Darlehens fallen. Daraus ergibt sich, dass zusätzliche Mittel für die Tilgung des Darlehens eingesetzt werden müssen, was die Rezession nur vertieft.

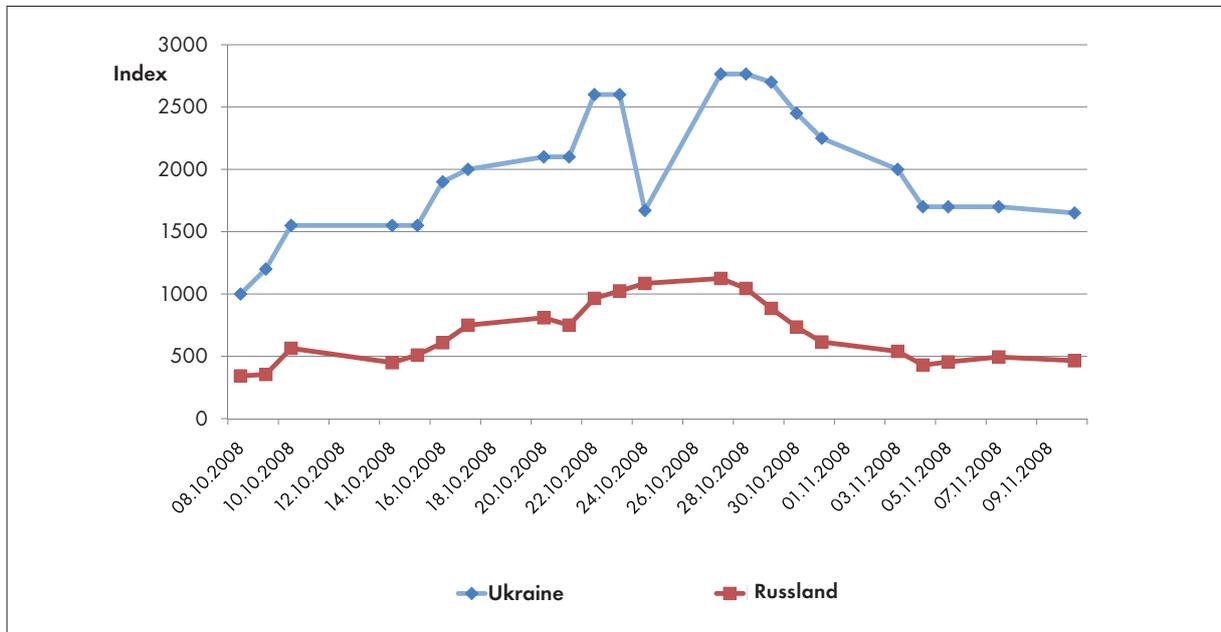
Es scheint, dass die Nachteile dieses Kredits selbst den ukrainischen Politikern bewusst sind. Nicht ohne Grund waren die Verhandlungen der ukrainischen Regierung mit dem IWF nicht transparent: Das Memorandum der Regierung mit dem IWF wurde erst am 29. Oktober veröffentlicht, während Julia Timoschenko schon am 21. Oktober angekündigt hatte, sie habe Grundvereinbarungen mit dem IWF getroffen. Schon nach der Zuweisung des IWF-Kredits äußerte der Parlamentspräsident Arsenij Jazenjuk die Hoffnung, die Ukraine werde nur eine geringe Summe des Darlehens in Anspruch nehmen. In der NBU beabsichtigt man im Laufe des nächsten Jahres nur die erste Kredit-Tranche zu verwenden.

Ausblick

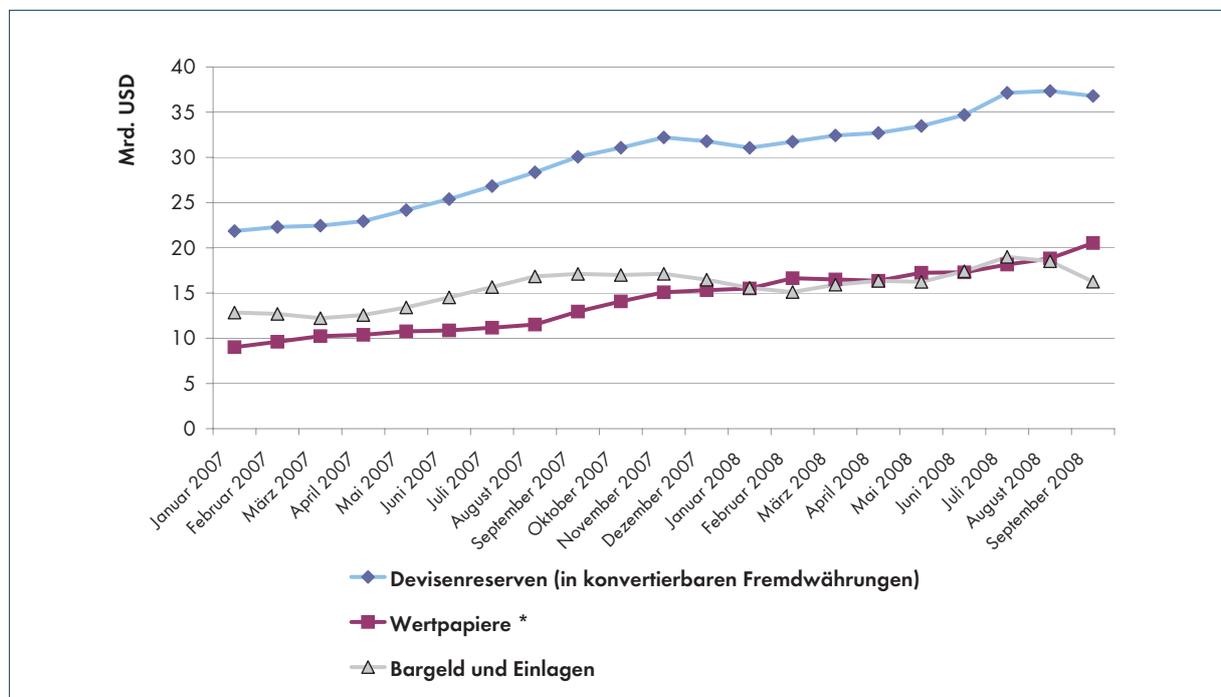
Mittels des IWF-Kredits ist es der Ukraine gelungen, die reale Bedrohung des Staatsbankrotts zu verhindern. Allerdings löst das Darlehen nur kurzfristig die Probleme des Landes. Die Mechanismen der Rückzahlung dieser Mittel sind durch ukrainische Politiker nicht eindeutig festgelegt worden. Darüber hinaus, wird das IWF-Geld wahrscheinlich für die Finanzierung der Auslandsschulden verwendet werden. Das bedeutet, dass diese Ressourcen nicht der realen Wirtschaft zugute kommen werden. So kann man langfristig eine dauerhafte wirtschaftliche Rezession in der Ukraine erwarten, möglicherweise mit noch schlimmeren Folgen, als sie der IWF jetzt prognostiziert. Nach Meinung vieler Experten wird die schwierigste Periode für die Ukraine die erste Hälfte des nächsten Jahres sein. Wenn die Ukraine alle Vorschriften des IWF befolgt und gleichzeitig kein Antikrisenpaket zur Förderung des realen Wirtschaftssektors annimmt, kann eine »harte Landung« nicht vermieden werden.

Über die Autorin:

Katerina Malygina ist DAAD/OSI Stipendiatin und studiert im Masterstudiengang für Internationale Beziehungen an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt. Derzeit ist sie Praktikantin an der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen.

Grafiken zum Text
Ausgewählte Finanz- und Wirtschaftsindikatoren
Dynamik von Credit Default Swap (CDS) in der Ukraine und Russland


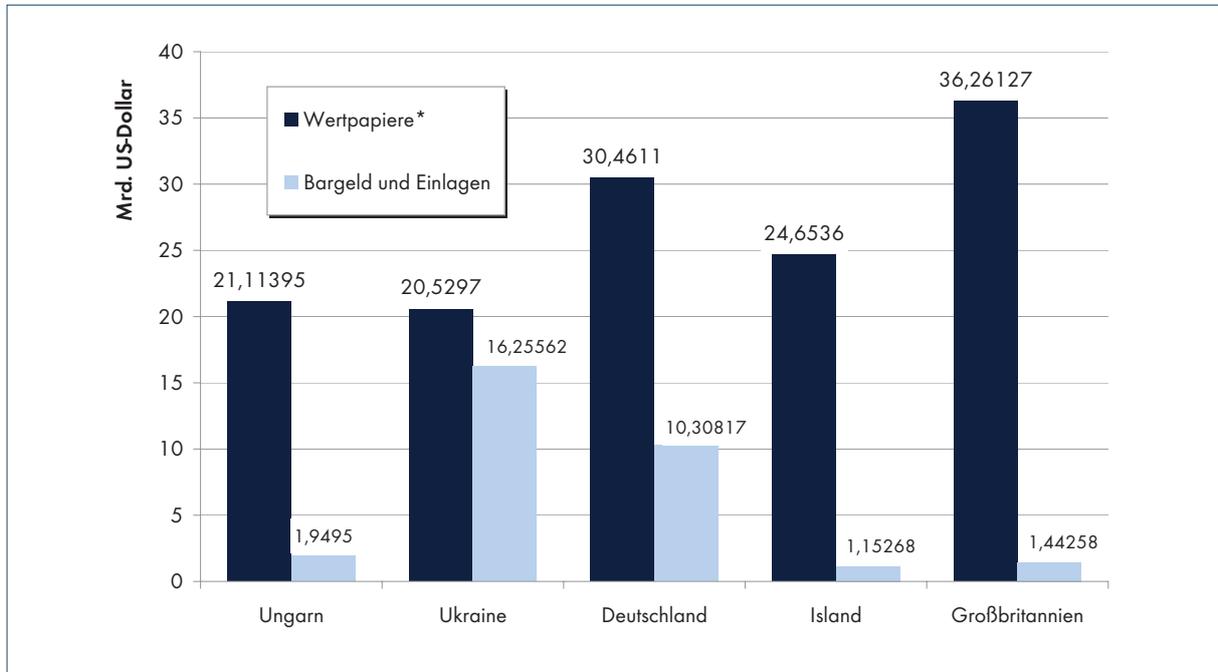
Quelle: http://www.cbonds.info/index/index_detail/group_id/38/

Devisenreserven der Ukraine, Mrd. US-Dollar


* Emittenten mit Sitz im Land, in dem der Geschäftsbericht veröffentlicht wird, aber mit Tochterunternehmen und Filialen in anderen Ländern

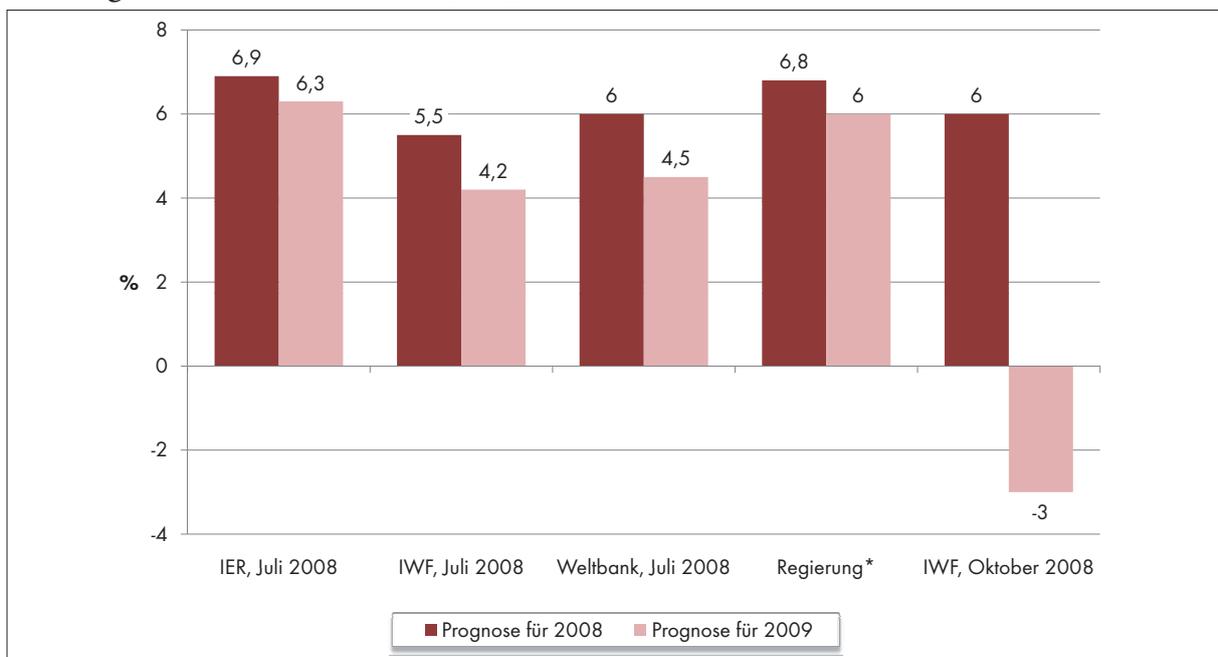
Quelle: <http://www.bank.gov.ua/SDDS/Dates/Ukraine%20Historical%20Template%20Data.xls>

Devisenreserven in ausgewählten Ländern, Mrd. US-Dollar



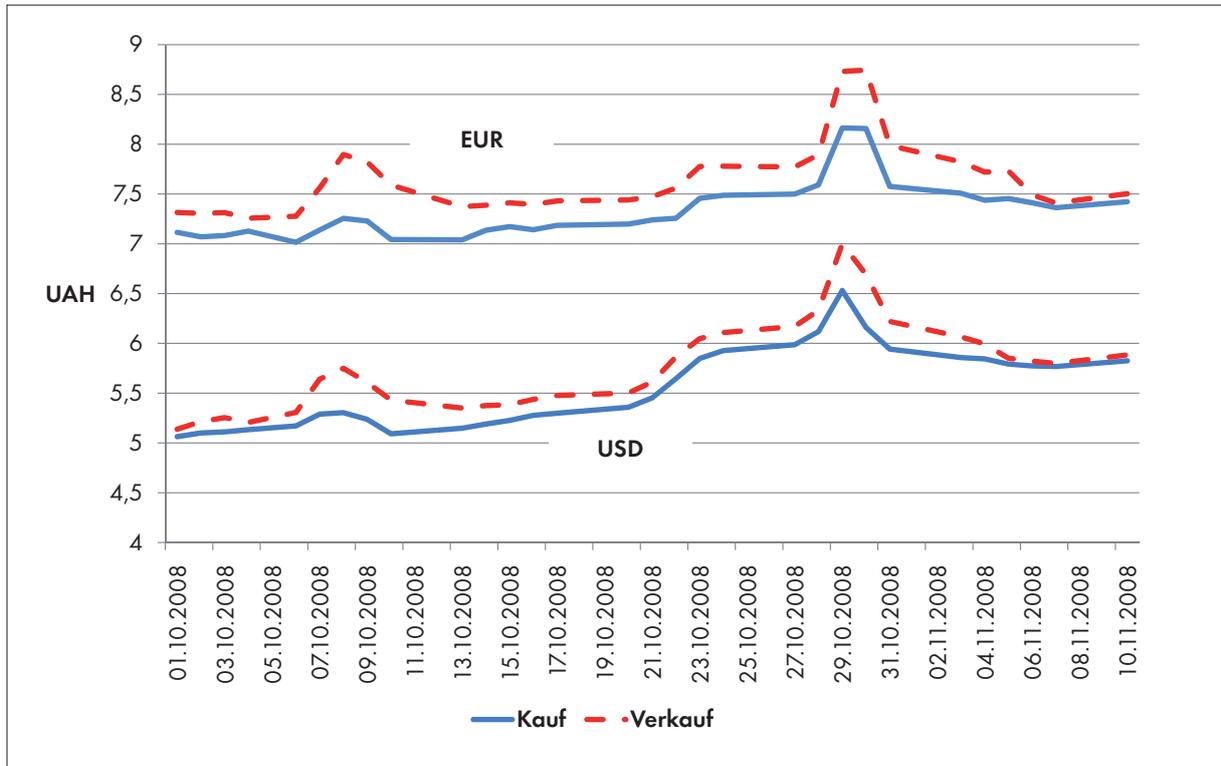
Anm.: Die Zahlen beziehen sich auf die jeweils aktuellste Meldung an den IWF (September bzw. Oktober 2008); * Emittenten mit Sitz im Land, in dem der Geschäftsbericht veröffentlicht wird, aber mit Tochterunternehmen und Filialen in anderen Ländern
Quelle: IWF; <http://www.imf.org/external/np/sta/ir/colist.htm>

BIP-Prognose für 2008 und 2009 (in %)



* Die ukrainische Regierungsprognose für 2008 stammt vom Februar 2008, die Prognose für 2009 stammt vom September 2008.
Quellen: IWF, Weltbank, ukrainische Regierung, Institute for Economic Research and Policy Consulting, Kiev (IER) (imf.org, worldbank.org, kmu.gov.ua, ier.kiev.ua)

Der reale Dollar- und Euro-Effektivwechsellkurs in Kiewer Banken, Oktober–November 2008

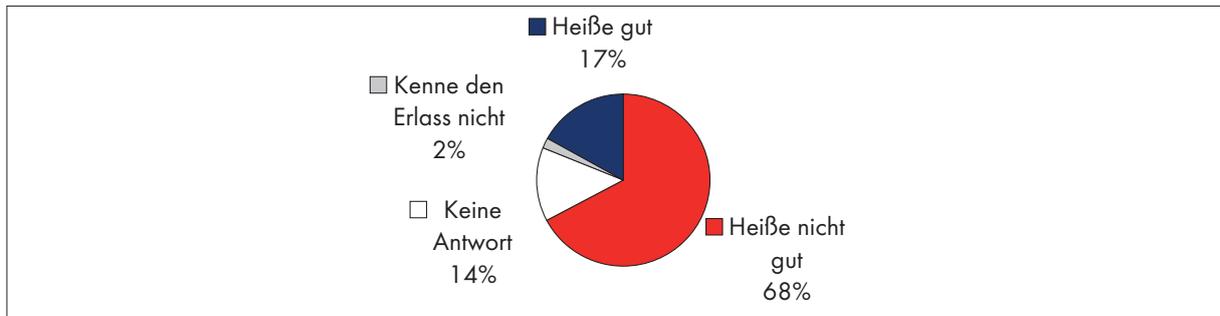


Quelle: Finance.ua, <http://charts.finance.ua/ru/currency/cash/-/2/usd/3>

Umfrage

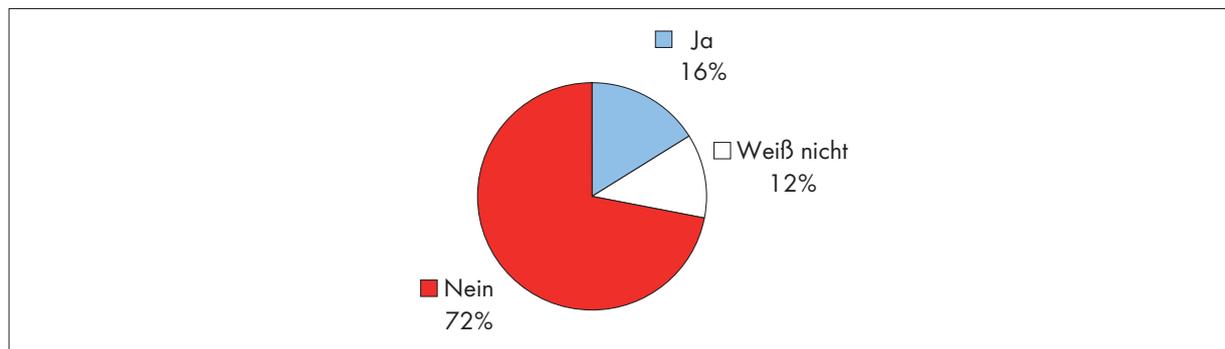
Politische Krise und Neuwahlen

Grafik 1: Heißen Sie persönlich den Präsidialerlass zur Auflösung des Parlamentes gut oder nicht?



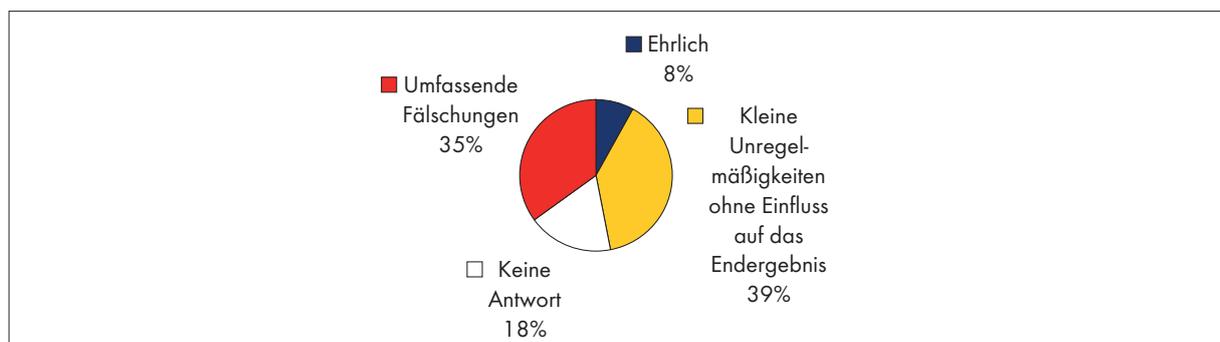
Quelle: Repräsentative Umfrage des FOM-Ukraine, http://bd.fom.ru/report/map/ukrain/ukrain_eo/du081101

Grafik 2: Werden die erneuten vorgezogenen Parlamentswahlen Ihrer Meinung nach helfen, die politische Krise in der Ukraine zu lösen?



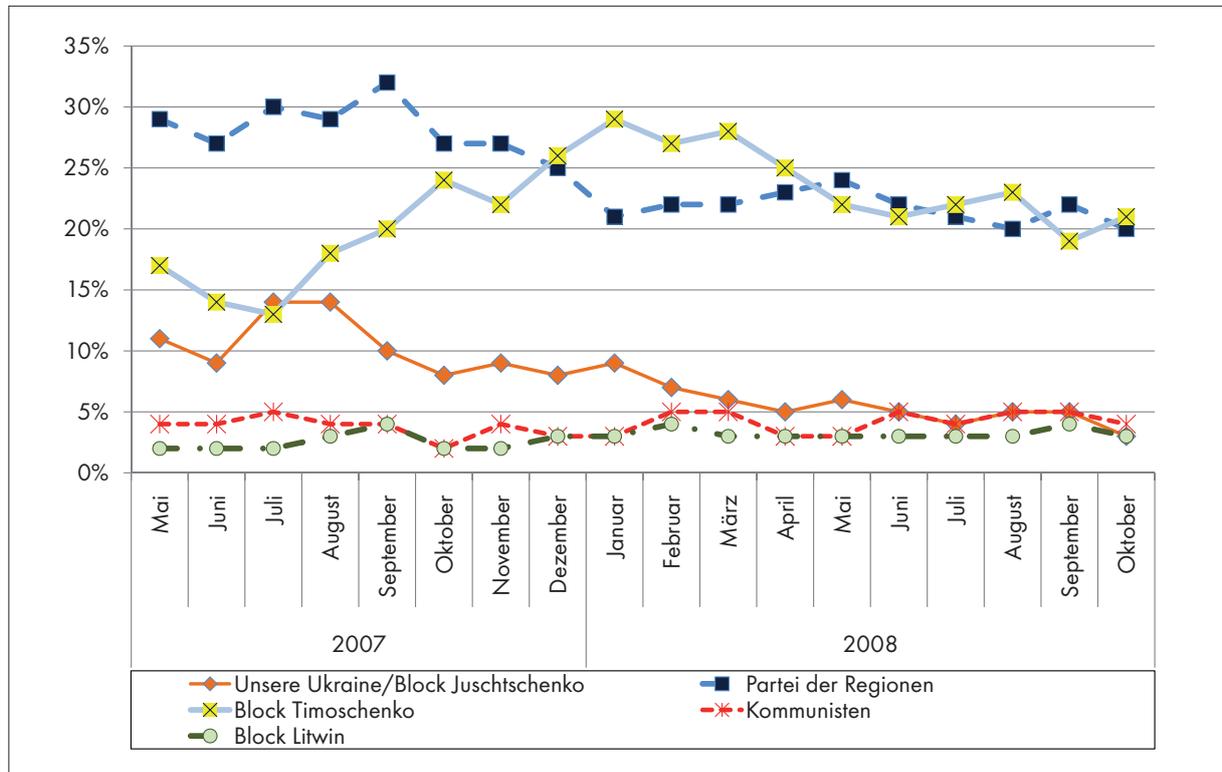
Quelle: Repräsentative Umfrage des FOM-Ukraine, http://bd.fom.ru/report/map/ukrain/ukrain_eo/du081101

Grafik 3: Was glauben Sie, wird die Stimmenausszählung bei der Parlamentswahl im Dezember 2008 ehrlich durchgeführt oder sind Fälschungen möglich?



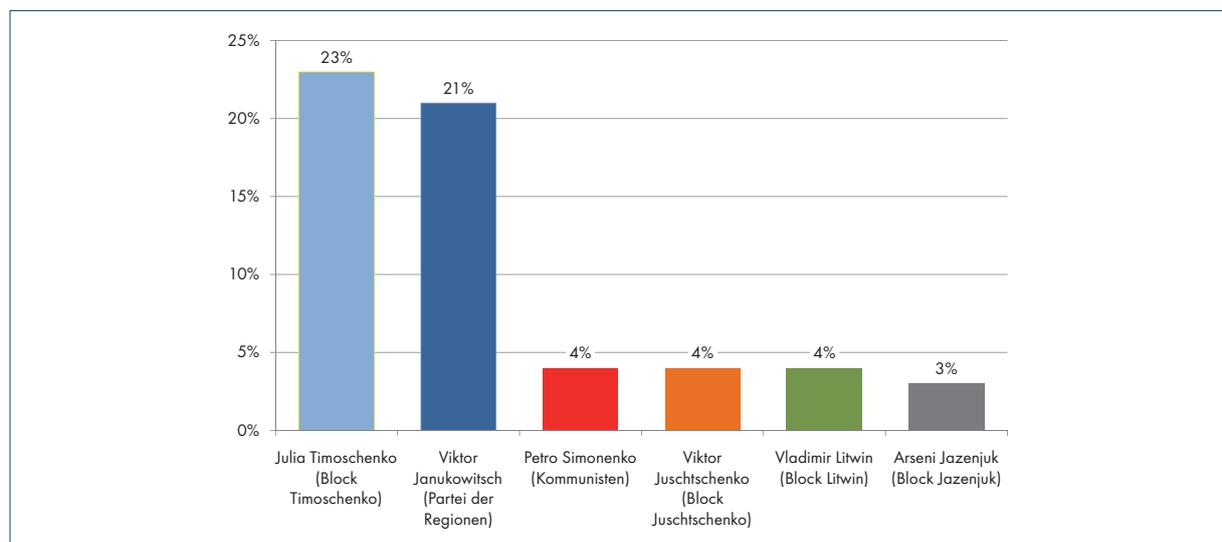
Quelle: Repräsentative Umfrage des FOM-Ukraine, http://bd.fom.ru/report/map/ukrain/ukrain_eo/du081101

**Grafik 4: Welche Partei würden Sie wählen, wenn Sonntag Parlamentswahlen wären?
Kurzfristige Trends Mai 2007 bis Oktober 2008**



Quelle: Repräsentative Umfragen des FOM-Ukraine, http://bd.fom.ru/map/ukrain/ukrain_eo

Grafik 5: Welchen Kandidaten würden Sie wählen, wenn Sonntag Präsidentschaftswahlen wären? (Oktober 2008)



Quelle: Repräsentative Umfragen des FOM-Ukraine, http://bd.fom.ru/map/ukrain/ukrain_eo

Analyse

Herausforderungen und Konsolidierung der ukrainischen Gewerkschaftsbewegung

Von Lyudmyla Volynets, Berlin

Zusammenfassung

Seit 1991 befindet sich die ukrainische Gewerkschaftsbewegung in einem Prozess der Konsolidierung. Trotz unterschiedlicher struktureller und ideologischer Ausprägungen der Gewerkschaften werden diese durchgängig als eher schwach bezeichnet. So pauschal ist diese Behauptung nicht ganz richtig, da die verschiedenen Gewerkschaften (die ehemals sozialistischen und die unabhängigen) unterschiedlich auf die Herausforderungen reagieren. Obwohl Letztere zahlenmäßig klein sind, ist ihre Kampfkraft höher. Gleichzeitig verläuft der Reformprozess bei den ehemals sozialistischen Gewerkschaften sehr schleppend.

Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion kamen auf die GUS-Gewerkschaften, die derzeit größten Massenorganisationen, zahlreiche Herausforderungen zu. Insbesondere die wiederholten Regierungswechsel und die fortwährende ökonomische Krise in der Ukraine haben die Gewerkschaften ernsthaft geschwächt. Das Arbeitsgesetzbuch, das im Parlament bereits seit 2003 diskutiert wurde, wurde erst 2008 in erster Lesung verabschiedet. Der Gesetzentwurf ähnelt dem neoliberalen russischen Arbeitsgesetz und schränkt die noch verhältnismäßig umfangreichen Arbeitnehmerrechte und die klassischen Befugnisse der Gewerkschaften deutlich ein. So ist der Arbeitgeber beispielsweise nicht mehr verpflichtet, über die Umsetzung von Tarifverträgen zu berichten und darf gegen die Arbeitnehmer ermitteln, ohne dass diese dabei unter gewerkschaftlichem Schutz stehen. Auch die Verpflichtung des Arbeitgebers, der Gewerkschaft Büroräume zur Verfügung zu stellen, wird abgeschafft.

Weiterhin gehören auch interne Probleme zu den Herausforderungen der Gewerkschaften. Einerseits ist die Gewerkschaftsbewegung immer noch mit Um- und Neustrukturierungsprozessen beschäftigt und hat sich auch nach knapp zwanzig Jahren noch nicht endgültig konsolidiert. Das lässt sich nicht nur, aber vor allem, an den Umstrukturierungsprozessen festmachen. Die ukrainischen Gewerkschaften sind nach regionalem, beruflichem, Branchen- oder Industrieprinzip organisiert. Darüber hinaus sind sie in ehemals sozialistische und neuere Gewerkschaften unterteilt, wobei sich beide vor allem durch die Bezeichnungen voneinander unterscheiden. Die ehemals sozialistischen Gewerkschaften werden oft die »traditionellen«, »offiziellen« oder »alten« genannt, die neuen entsprechend »alternative«, »freie« oder »unabhängige«. Beide Strömungen stehen zueinander in einem Konkurrenzverhältnis, das vor allem ideologisch und historisch geprägt ist, sich aber auch

in unterschiedlichen Konfliktlösungsstrategien äußert und in den Ressourcen, auf die gesetzt wird (politische Verbindungen bzw. mobilisierbare Mitglieder). Die »offizielle« Gewerkschaft, die Föderation der Gewerkschaften der Ukraine (FPU), ist die Nachfolgerin des sowjetischen Rats der Gewerkschaften. »Unabhängig« nennen sich diejenigen, die aus der Föderation der Gewerkschaften ausgetreten sind und autonom agieren (z. B. die Föderation der Gewerkschaften der im Verkehrswesen Beschäftigten). Diese sind aber nicht mit der – ebenfalls unabhängigen – Konföderation der Freien Gewerkschaften der Ukraine (KVPU) zu verwechseln, die Ende der 1980er Jahre aus den Streikkomitees entstanden ist und sich branchenübergreifend weiterentwickelt hat. Gründe für die Entstehung der alternativen Gewerkschaften sind die Passivität der »offiziellen« Gewerkschaften und deren Kooperation mit der Arbeitgeberseite: Sie stellen keine reine Interessensvertretung der Arbeitnehmer dar. Außerdem gibt es noch Unternahmergewerkschaften. Laut der Website des Justizministeriums sind 14 Gewerkschaftsverbände und 117 landesweite Gewerkschaften registriert.

Andererseits, und hierin liegt eine weitere Herausforderung der Gewerkschaften, haben diese seit dem Zusammenbruch des Sozialismus ein Legitimationsproblem. Allgemein haftet ihnen (unabhängig von ihrer jeweiligen ideologischen Ausprägung und Entstehungsgeschichte) die Altlast des Kommunismus an. Angesichts ihrer Funktion als Transmissionsriemen zwischen Belegschaft, Unternehmensleitung und Partei im planwirtschaftlichen System müssen sämtliche Gewerkschaften das Vertrauen der Beschäftigten erst wiedergewinnen. Dies wurde vor allem durch Namensänderungen zu erreichen versucht. So wurde der »Rat der sowjetischen Gewerkschaften« beispielsweise zuerst in »Föderation der Unabhängigen Gewerkschaften« und später in »Föderation der Gewerkschaften der Ukraine« umbe-

nannt. Auf andere Weise, etwa durch Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen oder durch Lohnerhöhungen, konnten die Gewerkschaften kaum an Legitimierung gewinnen; es mangelte ihnen dazu an den notwendigen Fähigkeiten, Ressourcen und Kapazitäten und teilweise wohl auch an Willen.

Obwohl öffentlich Reformen angekündigt werden und ein neues Entwicklungskonzept verabschiedet wurde, kommt der Reformprozess in der FPU nur schleppend voran. Die Föderation hat wegen ihrer Passivität, der Unfähigkeit, die Interessen ihrer Mitglieder durchzusetzen und wegen der weiterhin stattfindenden Kooperation mit den Arbeitgebern (die teilweise sogar Gewerkschaftsmitglieder sind) einen schlechten Ruf. Media und andere (mit ihr konkurrierende) Gewerkschaften werfen der FPU vor, in Korruptionsaffären verwickelt zu sein und Posten für kommerzielle Zwecke zu missbrauchen. So ist ihr letzter amtierender Vorsitzender Olexander Jurkin nach dem Korruptionsskandal um den Stellvertretenden Sergij Kondrjuk im Juli 2008 zurückgetreten. Die Korruptions- und Vermögensaffären, die sich in letzter Zeit rund um die FPU häufen, sind des Öfteren auf das große geerbte Vermögen zurückzuführen, das die Föderation einerseits von den finanziellen Leistungen ihrer Mitglieder unabhängig, andererseits aber von der Regierung abhängig macht. Vor allem dieser Umstand diene dem ehemaligen FPU-Vorsitzenden Olexander Stojan zur Rechtfertigung der Passivität der FPU.

Im Gegensatz dazu sind die »alternativen« Gewerkschaften klein (263 700 Mitglieder der KVPU stehen 9,8 Mio. FPU-Mitgliedern gegenüber). Zudem können sie nicht von einer vergleichbaren finanziellen und materiellen Basis ausgehen, weshalb ihnen unterstellt wird, ihre Existenz nur durch Abhängigkeit von politischen Kräften sichern zu können. Diese Behauptung halte ich jedoch für bestenfalls unzutreffend. Dagegen sprechen zum einen die Repressionen, denen die alternativen Gewerkschaften bis 2004 von Seiten der Regierung und der Arbeitgeber ausgesetzt waren – und der seitdem herrschende Druck – und zum anderen die Erfolge ihrer Arbeit vor Ort. Ihre zahlenmäßig geringe Größe sagt wenig über ihre Kampfkraft aus; diese zeichnet sich durch ein hohes Mobilisierungspotenzial aus. Aufgrund ihrer Protestaktionen, zu denen auch Streiks gehörten, wurden sie von den Arbeitgebern anfangs als Anarchisten eingestuft, was sie zu Existenzkämpfen zwang, bevor eine konstruktive Zusammenarbeit in den Betrieben entstehen konnte. Die alternativen Gewerkschaften sind auf Mitgliedsbeiträge angewiesen; entsprechend wer-

den sie sich auch dauerhaft an den Interessen ihrer Mitglieder orientieren.

Der allgemeine Trend zu abnehmenden Mitgliederzahlen macht sich auch bei den ukrainischen Gewerkschaften bemerkbar. Neben Privatisierungen und Unternehmensrestrukturierungen gibt es in der Ukraine dafür spezifisch postsowjetische Gründe. So hat sich seit der Abschaffung der automatischen Gewerkschaftsmitgliedschaft eine Anwerbung neuer Mitglieder nie richtig entwickelt. Wie die Erfahrung der polnischen *Solidarność* gezeigt hat, kann eine solche Vernachlässigung der Prioritäten gewerkschaftlicher Arbeit irgendwann wirklich kritisch werden. Insgesamt war im Jahr 2001 von einem Rückgang der Mitgliederzahlen um mehr als 35 % die Rede, was im Vergleich zu Estland (73 %) oder der Tschechischen Republik (ca. 50 %) noch wenig ist. Pessimistische Einschätzungen gehen jedoch von einer gewerkschaftlichen Organisation von nur 50 % der Beschäftigten aus. Der tatsächliche Organisationsgrad ist schwer feststellbar. Die ukrainischen Gewerkschaften sind nicht verpflichtet, ihre Mitgliederzahlen außerhalb der tripartistischen Gremiums, das Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände und Staatsvertreter zusammenbringt, offenzulegen. Hier werden die Mitgliederzahlen verwendet, um die Stimmenanteile festzulegen.

Allerdings sind vom Mitgliederverlust nicht alle Gewerkschaften gleichermaßen betroffen. Es wird vermutet, dass die FPU jährlich etwa eine Million Mitglieder verliert. Von den 25 Mio. Mitgliedern im Jahr 1990 waren 2007 nur noch 9,8 Mio. übrig. Und diese Zahl könnte, so wird häufig behauptet, noch übertrieben hoch sein. Ganz im Gegensatz dazu ist die KPU viel kleiner, weist aber bedeutende Wachstumsraten auf. Sie konnte ihre Mitgliederzahl von 91 000 im Gründungsjahr 1997 konstant erhöhen und verfügt nun über 263 700 Mitglieder.

Trotz des Unvermögens der Gewerkschaften, Lohnerhöhungen durchzusetzen und Lohnrückstände wirksam zu bekämpfen, wird die Mitgliedschaft doch allgemein für vorteilhaft gehalten – die Gewerkschaften bieten noch immer den größten Teil der Kuren, Urlaubsaufenthalte und -zuschüsse an. Teilweise befinden sich die Beschäftigten immer noch in dem falschen Glauben, dass die Rentenversorgung von ihrer Gewerkschaftsmitgliedschaft abhängig wäre. Zudem sind die Mitgliedschaften durchaus bequem, können doch die genannten Vorteile genossen werden, ohne dass man sich (außer über Mitgliedsbeiträge) in Gewerkschaftsaktivitäten einbringen muss. Eine Befragung des Razumkov Zentrums von 2001 ergab, dass etwa die Hälfte der Gewerkschaftsmitgliedschaften noch aus der Sow-

jetzeit stammen. Ein weiteres Fünftel der Mitglieder gehört der Gewerkschaft an, weil es in ihrem Unternehmen so üblich ist. Der Anteil der aktiven Mitglieder, die innerhalb der Gewerkschaften die Durchsetzung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen anstreben, liegt nur bei 18 %.

Die Aktivitäten der Gewerkschaften spiegeln die oben genannten Herausforderungen wider und machen gleichzeitig auch ihre Schwächen deutlich. Zwar gibt es umfangreiche gesetzliche Grundlagen für Tarifverhandlungen und Tarifverträge (das ILO-Abkommen Nr. 98 und das ukrainische Gesetz »Über tarifliche Vereinbarungen und Verträge«), sie stammen jedoch teilweise noch aus Sowjetzeiten, so dass Gewerkschaften in ihnen umfangreiche Garantien und Rechte genießen. So sind die Erblast der Nichtimplementierung und der oft eher symbolische Charakter der Tarifverhandlungen weiterhin prägend.

Die Umsetzung der Tarifvereinbarungen ist problematisch. Die 82 844 Vereinbarungen, die im Jahr 2004 galten, betrafen zwar 83,1 % der Beschäftigten (im Maschinenbau sogar mehr als 95 %), gleichzeitig wird jedoch ihre Ineffektivität und häufig auch ihre Nichteinhaltung kritisiert. 2007 konnte das zuständige Kontrollorgan nur 663 Unternehmen prüfen; dabei wurden 512 Verstöße gegen Tarifvereinbarungen festgestellt. In den neuen Privat- und Kleinunternehmen finden gar keine Tarifverhandlungen statt, ganz zu schweigen von dem großen Bereich der Schattenwirtschaft. So fehlen vor allem in Kleinunternehmen Gewerkschaften völlig – ein Umstand, auf den 76 % der befragten Arbeitnehmer und 80 % der Unternehmensleiter hinwiesen. Nur in knapp einem Viertel der Kleinunternehmen finden Tarifverhandlungen statt, befand die Stiftung »Intellectuelle Perspektive« in Zusammenarbeit mit der Niederländischen Botschaft.

Angesichts der Konsolidierungsprozesse auf Seiten der Arbeitgeber ist das Drei-Ebenen-Verhandlungssystem (auf nationaler, auf Branchen- und auf Betriebs-ebene) schwer durchsetzbar. Branchenbezogen existieren größtenteils gar keine Arbeitgeberverbände, so dass die Gewerkschaften weiterhin mit Ministerien verhandeln. Im landesweiten Sozialdialog begreifen sich die Arbeitgeberverbände durchgehend als Lobbyorganisationen, so dass ein ehrlicher Dialog kaum möglich und der dreigliedrige Rat kaum funktionsfähig ist.

Werden in Verhandlungen die Anforderungen der Arbeitnehmer nicht durchgesetzt, gehören Proteste zu

den klassischen gewerkschaftlichen Befugnissen. In der Ukraine ist der Aufbruchsoptimismus der Gewerkschaftsbewegung aus den Jahren 1989 bis 1991 in den darauf folgenden Jahren stark zurückgegangen. Zwar blieben in den 1990er Jahren Grubenarbeiter, Lehrer und Lokomotivführer noch aktiv. In der Regel ziehen die ukrainischen Gewerkschaften den aktiven Protestformen aber moderate Aktivitäten wie Verhandlungen, Abkommen mit den Arbeitgebern und Lobbyarbeit beim Staat vor. Nicht zuletzt muss dazu gesagt werden, dass Gewerkschafter in (nationale und regionale) Parlamente gewählt werden können, ohne auf ihre gewerkschaftliche Position verzichten zu müssen. Streiks und Proteste werden zwar immer wieder angekündigt, die Bedrohung, die diese tatsächlich darstellen, ist jedoch nicht sehr groß, so dass sie eher als symbolische Aktionen betrachtet werden müssen. Die Passivität der Gewerkschaften wird auch aus der Tatsache ersichtlich, dass 2007 nur 46,2 % der Proteste (die laut dem Nationalen Schlichtungsausschuss im Rahmen von Tarifverhandlungen stattfanden) von Gewerkschaften organisiert und durchgeführt wurden (36 % von der FPU und 10,2 % von den alternativen Gewerkschaften). Über 53 % der Proteste waren außergewerkschaftlich organisiert. Man sollte aber keine pauschalen Aussagen über die Aktivität oder Passivität aller Gewerkschaften treffen. So finden vor allem auf lokaler Ebene oft Proteste statt. Der größte Teil von ihnen wird durch die alternativen Gewerkschaften initiiert, was, betrachtet man ausschließlich ihre zahlenmäßige Größe, leicht unterschätzt wird.

Die Zukunftsperspektiven einer Konsolidierung der Gewerkschaftsvertretungen sollten vor dem Hintergrund der jüngsten Auswirkungen der Finanzkrise bewertet werden. Angesichts der kontinuierlich steigenden Inflationsraten und des Umstands, dass viele Banken Barabhebungen begrenzt haben und Auszahlungen von Spareinlagen nicht mehr zulassen, drohen weitere soziale Konflikte. Die Parlamentsauflösung und die (im Dezember 2008) anstehenden Parlamentswahlen stellen neue Gelegenheiten zur Mobilisierung der Arbeitnehmer dar. Es bleibt Gewerkschaften und Arbeitnehmern überlassen, diese Gelegenheiten zu nutzen oder auch nicht.

Informationen über die Autorin und Lesetipps finden Sie auf der nächsten Seite.

Über die Autorin

Lyudmyla Volynets hat als Referentin für Internationale Beziehungen bei der Konföderation der Freien Gewerkschaften gearbeitet. 2006 hat sie einen Master in Arbeitspolitik und Globalisierung an der Global Labour University in Kassel/ Berlin erworben, seit 2007 promoviert sie an der FU Berlin. Ihr Schwerpunkt sind Arbeitsbeziehungen in den postsowjetischen Transformationsprozessen.

Lesetipps:

- Crowley, Stephen (2000): Hot coal, cold steel. Russian and Ukrainian workers from the end of the Soviet Union to the post-communist transformations, Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Kubicek, Paul (2007): Trade Unions in Ukraine, in: *Trade union revitalisation – trends and prospects in 34 countries*, C. Phelan (ed.), Oxford [u. a.]: Lang.
- Razumkov Centre (2001): The State of the Trade Union Movement in Ukraine, in: *National Security and Defence*, 8 (20) 3–61.
- www.kvpu.org.ua – Webseite der Konföderation der Freien Gewerkschaften der Ukraine.
- www.fpsu.org.ua – Webseite der Föderation der Gewerkschaften der Ukraine.

Dokumentation

Die wichtigsten Gewerkschaftsverbände im Überblick

Die Föderation der Gewerkschaften der Ukraine (FPU, 1992 umbenannt) ist die Nachfolgerin der Föderation der Unabhängigen Gewerkschaften der Ukraine (1990 wurde sie aus den ehemaligen sowjetischen Gewerkschaften – All-Ukrainischer Republikrat der Gewerkschaften – gegründet). Ursprünglich gehörten ihr 25 Branchengewerkschaften und 24 regionale Gewerkschaftsverbände an. Derzeit umfasst sie 45 landesweite Gewerkschaften und 25 regionale Verbände, die insgesamt über 10 Mio. Mitglieder haben (laut der FPU Webseite Stand von 2006).

Die FPU ist ukraineweit organisiert und trat 2005 dem Internationalen Gewerkschaftsbund bei. Kurz nach der Orangen Revolution hat Olexander Jurkin den damaligen Vorsitzenden Olexander Stojan (der ehemalige Leiter der Präsidialverwaltung) abgelöst und ist selbst 2008 zurückgetreten. Zur Zeit ist ihr amtierender Vorsitzender Igor Lucyschyn.

Die Konföderation der Freien Gewerkschaften der Ukraine (KVPU) wurde 1998 aus der Vereinigung der Freien Gewerkschaften der Ukraine (Gründungsjahr 1997) heraus gegründet. Ihre Wurzeln liegen in der Streikbewegung der Grubenarbeiter und Verkehrsbeschäftigten, heute zeichnet sie sich durch branchenübergreifende Solidarität aus. So werden demnächst freie Gewerkschaften in den Bereichen Bildung, Transport, Medizin, Dienstleistungen, Chemie und Energie sowie von Fußballspielern und arbeitenden Invaliden gegründet.

Die Konföderation ist seit 2003 Mitglied des damaligen Internationalen Bundes der Freien Gewerkschaften (heute Internationaler Gewerkschaftsbund). Ihr Vorsitzender ist Myhajlo Wolynez.

Die All-Ukrainische Vereinigung arbeitnehmerischer Solidarität (WOST) wurde 1991 gegründet. Seit 1993 ist sie Mitglied der Weltkonföderation der Arbeit, durch deren Vereinigung mit dem Internationalen Bund der Freien Gewerkschaften wurde sie Mitglied des IGB (Internationaler Gewerkschaftsbund). Zu diesem Zeitpunkt trat sie auch dem Internationalen Gewerkschaftsbund bei. Dessen Schwerpunkt liegt in der konsequenten Forderung einer Gewerkschaftsreform, die auf die Auflösung aller Gewerkschaften abzielt. Daten über ihre Mitglieder sind kaum zu finden, und wenn doch, so schwanken sie laut ihrem Vorsitzenden Olexander Dzulyk stark und man könne sich nicht auf sie verlassen. Bei den ILO-Projekten zur technischen Förderung ist sie mit 53 000 Mitgliedern angemeldet, wohingegen der IGB für sie 150 000 (Stand 2007) Mitglieder zählt.

Fallstudie

Ukrainische Gewerkschaften in ausländischen Unternehmen: Arcelor Mittal und Lactalis

Von Lyudmyla Volynets, Berlin

Im Folgenden stelle ich die Ergebnisse meiner Interviews mit Gewerkschaftsvertretern verschiedener Ebenen vor. Arcelor Mittal und Lactalis sind führende Unternehmen auf dem ukrainischen Markt und zudem für ein konfliktreiches Verhältnis zu ihren Angestellten bekannt.

»Positive Destruktion« und die Wiederbelebung der Gewerkschaft bei Lactalis

Im Zuge einer kompletten Modernisierung des Werks und einer Restrukturierung der Arbeit wurden bei Lactalis sämtliche Freizeit- und Erholungsangebote abgeschafft. Dieser Umstand sowie der fortschreitende Bedeutungsverlust der Gewerkschaft führten zu einem stetigen Rückgang ihrer Mitgliederzahlen und zur Auflösung der Gewerkschaft im Jahr 2003. Die Arbeiter gaben die kollektive Vertretung ihrer Interessen nicht auf, obwohl das neu eingestellte ukrainische Management Druck in dieser Hinsicht auf sie ausübte. Die Androhung von Streiks, die für das Lebensmittelunternehmen empfindliche finanzielle Verluste bedeutet hätten, führte zu Beginn des Jahres 2006 schließlich zur Gründung einer neuen Gewerkschaft.

Interessanterweise zollte die französische Unternehmensleitung der Frage, ob eine Gewerkschaft existiert oder nicht, so lange keine Aufmerksamkeit, bis die Gewerkschaft an Stärke gewann; zu diesem Zeitpunkt wurde die ukrainische Managementebene eingeschaltet. Ein Spezifikum postsowjetischer Länder ist der direkte Zusammenhang von Jobsicherheit und Gewerkschaftsmitgliedschaft: Wer unabhängigen oder neuen Gewerkschaften beitrifft, wird im Zweifelsfall als erstes entlassen.

Der erste Konfliktfall betraf Tarifverhandlungen und wurde über die nationale Schlichtungskommissionen ausgetragen, bei der ein Tarifstreit gemeldet und ein Jahr später auch geschlichtet wurde. Tarifverhandlungen fanden in der Folgezeit häufiger statt und gewerkschaftliche Forderungen – beispielsweise nach gesetzlich festgelegten Garantien, Lohnstrukturen, einem Prämiensystem und Bonusleistungen – setzten sich zunehmend durch. Im Laufe der Verhandlungen erreichten die Arbeiter eine allgemeine Lohnerhöhung sowie Zusatzzahlungen und Prämien, so dass sich insgesamt eine leichte reale Lohnerhöhung ergab. Obwohl Lactalis keiner Arbeitgebervereinigung angehörte (und damit nicht Teil des Branchentarifvertrags

ist) lagen die ausgehandelten Prämien etwas über denen des Branchentarifvertrags und übersteigen die im ukrainischen Gesetz festgeschriebene Höhe. Der bislang übliche formale Verhandlungsprozess war über Bord geworfen worden und die Bestimmtheit der gewerkschaftlichen Forderungen sowie die konsequente Durchsetzung und Überwachung der Gesetze zeigen an, dass die traditionelle paternalistische Erwartungshaltung gegenüber dem Staat im Rückzug begriffen ist. Andere Traditionen wie die Organisation von Freizeit- und Ferienangeboten werden dagegen aufrechterhalten. Diese werden als »normale« Leistungen der Gewerkschaften angesehen, um die sich sogar unabhängige Gewerkschaften bemühen, da ihre Attraktivität bei den Mitgliedern ohne eine entsprechende Angebotspalette sinkt und sie als schwach gelten.

Zahlreichen Gewerkschaftsvertretern zufolge ist der Umgang mit ausländischen Eigentümern oder Managern einfacher als mit ukrainischen. Obwohl ihre Art der Arbeitsorganisation kritisiert wird, haben sie einen besseren Ruf, da sie in ihren Angestellten gleichwertige Partner sehen und sie auch entsprechend behandeln. Die Schaffung eines Arbeitsausschusses bei Lactalis Mykolaiv – als Reaktion auf die Wiederbelebung gewerkschaftlicher Aktivitäten und eine aggressive Anti-Gewerkschaftspropaganda – war den Gewerkschaften eine zusätzliche Motivation. Die »Rivalität« zwischen den Gewerkschaften wird also zum Ansporn, eine aktivere Politik zu betreiben.

Die ständige Beschäftigung der Gewerkschaft mit ihren (aktiven und erloschenen) Mitgliedschaften ist ein Novum. Ihre mitgliederzentrierte Struktur zeichnet sich dadurch aus, dass die Führung gegenüber den Mitgliedern in hohem Maße zur Rechenschaft verpflichtet ist. Seit 2006 veranlassten die Mitglieder die Auswechslung von drei Vorsitzenden, die ihren Erwartungen nicht gerecht geworden waren. Obwohl das einen Fortschritt im Sinne einer Modernisierung der Gewerkschaft anzeigt, leidet die Gewerkschaft an den üblichen Problemen. Die Arbeiter geben ihre Anspruchshaltung gegenüber der Gewerkschaft nur zögernd auf und häu-

fig fehlt es ihnen an Erfahrung mit der Vertretung von Interessen und auch an Bewusstsein dafür. Was die Effizienz und den Erfolg kollektiver Organisation angeht, macht sich daher Desillusionierung breit, die mit einem Legitimitätsverlust nicht nur der Gewerkschaften, sondern kollektiver Interessensvertretung im Allgemeinen einhergeht. Angesichts der in Transformationsgesellschaften verbreiteten Skepsis, die jeglicher Teilnahme in Organisationen entgegengebracht wird, der erlernten Hilflosigkeit sowie der Passivität und des Unwillens zu agieren, ist es schwierig, die Aktionsbereitschaft unter den Angestellten zu erhöhen.

Die andere Seite der gesellschaftlichen Dimension des Problems betrifft die geringen Kenntnisse und Fähigkeiten sowie das geringe Engagement seitens der Gewerkschaftsführung. Das sowjetische Ausbildungssystem gewerkschaftlicher Führungspersonen ist zusammengebrochen ohne durch ein neues ersetzt worden zu sein. Gewerkschaftern aus dieser Zeit fehlt es oft an Einsatzbereitschaft. Vorsitzende und leitende Angestellte ländlicher Gewerkschaften sind in der Regel älter als 55 Jahre (einige sind sogar über 70); entsprechend träge gestaltet sich ihr Bemühen, Bewusstsein und Aktivitäten der Gewerkschaftsmitglieder zu fördern. Der dringenden Notwendigkeit, das Bewusstsein der Arbeiter zu fördern und ihre Handlungsbereitschaft zu erhöhen, kommen die Gewerkschaften nicht nach: »Wir (die Gewerkschaften) zerstören uns selbst.« Der Zuwachs an jungen Aktivisten, von denen Veränderungen am ehesten ausgehen, ist weiterhin gering.

Die Gewerkschaft bei Lactalis verfügt als junge Gewerkschaft nicht über die traditionelle Ressource politischer und personeller Verflechtungen. Ebenso wenig ist sie vom Erbe der Kooperation mit der Unternehmensleitung beeinflusst. Neben einem Novum wie dem erwähnten Mitglieder-Monitoring, also der permanenten Beobachtung der Einsatzbereitschaft, zieht die Gewerkschaft allerdings die Lösung von Konflikten über den Gesetzesweg einer konfliktorientierten Rhetorik und einem militanten Arbeitskampf immer noch vor. Das Mittel, mit dem den eigenen Forderungen Nachdruck verliehen wird, ist letzten Endes aber immer vom einzelnen Konfliktfall abhängig.

Wiederbelebung gewerkschaftlicher Aktivitäten mit Hilfe politischer Ressourcen: Arcelor Mittal Kryvyi Rih (AMKR)

Mit einem Marktanteil von 20 % und einer Monopolstellung bei verschiedenen Waren ist AMKR das größte Stahlwerk im Metallsektor. Nach seiner »politi-

schen« Privatisierung (aufgrund einer anfänglichen Fälschung des Privatisierungsprozesses so genannt) wurde Kryvorizhstal reprivatisiert und an Mittasteel (das jetzige Arcelor Mittal) verkauft. AMKR erwirtschaftete im Untersuchungszeitraum eine Bruttorendite von 40 bis 50 %.

Durch Entlassungen innerhalb der stark überdimensionierten Belegschaft wurden ohne Durchführung von Restrukturierungsmaßnahmen oder technischen Innovationen Produktivitätszuwächse erreicht. Die Möglichkeit von Entlassungen wurde schließlich durch ein Investitionsabkommen mit der ukrainischen Regierung, das auf eine Initiative der Gewerkschaften zurückging, eingeschränkt. Eigentlich war Arcelor Mittal verpflichtet, im Laufe der kommenden fünf Jahre die Zahl von 56 000 Angestellten nicht zu unterschreiten; durch ein freiwilliges Rückzugsmodell senkte die Firma diese Zahl jedoch auf 45 000. Bemerkenswerterweise stimmten die Gewerkschaften dem Angebot der Manager, den Arbeitern 20 000 US-Dollar Abfindungen zu zahlen, nicht zu und forderten stattdessen ein fallabhängiges Kompensationsmodell. Nach diesem stünde nur denen, die mehr als 20 Jahre für die Firma gearbeitet haben, eine so hohe Abfindung zu, die anderen erhielten weniger.

Die Mehrheit der Angestellten (einschließlich der technischen Leiter und der Abteilungsleiter) ist in der postsozialistischen Gewerkschaft organisiert. Innerhalb des Betriebs existieren zwei unabhängige Gewerkschaften, die jedoch in doppelter Weise – von Seiten des Managements und von Seiten der großen Gewerkschaft – starkem Druck ausgesetzt und daher kaum in der Lage sind, auf Entscheidungsprozesse einzuwirken. Die postsozialistische Gewerkschaft hat einige mögliche Implikationen des Übergangs von Mittal Steel in ausländisches Eigentum vorausgesehen und ging von einer Einschränkung der Leistungen und Rechte aus. Sie bemühte sich, ihre Leistungen durch staatliche Hilfen aufrechtzuerhalten und mit ihren Forderungen im Investitionsvertrag berücksichtigt zu werden. Angesichts der riesigen Beträge (Hunderte Millionen Hrywnja), die den Gewerkschaften für verschiedene Dienstleistungen ausgezahlt werden (0,3 Prozent der Löhne müssen per Gesetz für kulturelle Belange, 0,6 Prozent für soziale Belange aufgewendet werden) und dem Abbau von Freizeit- und Erholungsangeboten scheint das vorrangige Motiv der Gewerkschaften nicht die Vertretung der Interessen der Arbeiter, sondern die Wahrung der eigenen Stellung zu sein.

Bei anderen Themen wie Lohnerhöhungen (die Angestellten von AMKR sind die höchstbezahlten im

Metallsektor) und Gesundheits- und Sicherheitsfragen wurden Verbesserungen insgesamt weniger durch Tarifverhandlungen als über politische Kanäle erreicht – die Gewerkschaften erreichten durch Lobbyarbeit beim Staat, dass dieser die Umsetzung der in den Investitionsverträgen vereinbarten Verpflichtungen bei AMKR streng überwacht. Diese Prioritätensetzung kennzeichnet die Nähe der Gewerkschaften zum Staat – an ihn wenden sie sich eher als an ihre eigenen Mitglieder. Hier zeigt sich ganz eindeutig die Macht des sozialistischen Erbes.

Darüber hinaus konzentriert sich die Arbeit der Gewerkschaft noch immer sehr auf die Befriedigung der täglichen Grundbedürfnisse der Arbeiter. Zum Vergleich: Die letztjährige Forderung nach einer Lohnerhöhung von 25 % (bei einer Inflation von 18 % bis 20 %) war nicht erfolgreich; stattdessen bewilligte die Unternehmensleitung eine 20%ige Lohnerhöhung, was nur eine geringe Steigerung des Realeinkommens bedeutete. All diese Leistungen, die sich auf hunderte von Millionen Hrywnja (mehrere Millionen Dollar) belaufen, stehen nun in Frage, da sie Teil des Investitionsabkommens sind, das 2010 ausläuft.

Keine der Initiativen zur Reform der Gewerkschaften kommt aus dem Umfeld der einfachen Arbeiter. Diese sind, sobald ihre grundlegenden Bedürfnisse einmal gestillt sind, nicht mehr geneigt, sich den Kopf über Freiheit und Demokratie zu zerbrechen. Der Impuls zur Wiederbelebung der Gewerkschaften geht vielmehr auf den »provozierenden« ausländischen Besitz zurück, der die Gewerkschaft herausfordert, neue Antworten zu entwickeln und ihre Aktivitäten auszuweiten. Hinzu kommt die Rivalität zwischen den Gewerkschaften, die die Legitimation der bestehenden Gewerkschaft bedroht. Diese Bedrohung ist jedoch angesichts der geringen Mitgliederzahl der neuen Gewerkschaften (jeweils etwa 40 Personen) eher schwach, so dass der ausländische Eigentümer wohl doch als Hauptursache der Veränderungen angesehen werden kann.

Die AMKR-Gewerkschaft ist immer noch eine führungsorientierte (keine mitgliederorientierte) Organisation, die mehr um ihre eigene Position als für ihre Mitglieder kämpft. Stellvertretende Vorsitzende weigern sich, ohne Erlaubnis des Vorsitzenden für die Gewerkschaft zu sprechen – ein Umstand, der die starke und ziemlich autoritäre Position des Gewerkschaftsvorsitzenden deutlich macht, der bei den Bürgern der Stadt wegen seiner Geschäfts- und Mafiaaktivitäten schwer in Verruf geraten ist. Gewerkschaftsmitglieder haben (wie fast alle) eine Doppelidentität: Sie sind unsicher, ob sie sich als Angestellte oder als Gewerkschaftsmit-

glieder äußern sollen und kritisieren die Gewerkschaft öffentlich nur ungern, ein Verhalten, das wiederum stark an sozialistische Zeiten erinnert. Gängige Probleme sind auch die Passivität und Aktionsunwilligkeit der Mitglieder. Dabei steht nicht weniger als das Recht der Arbeiter, zur Vertretung ihrer Interessen Gewerkschaften jenseits post-sozialistischer Visionen zu gründen, in Frage. Es gibt kaum Spielraum für die unabhängige Vertretung von Arbeiterinteressen und den Arbeitern wird davon abgeraten, den neuen Gewerkschaften beizutreten.

Die AMKR-Gewerkschaft verlässt sich nach wie vor auf die Politik als ihre Ressource. Das lässt sich auch an der zögerlichen Art ablesen, mit der sie ihre mehrere tausend Mitglieder motiviert und mobilisiert – die ja eigentlich eine ziemlich starke Basis für gewerkschaftliche Aktivitäten darstellen. Ohne die Vorteile der Kooperation mit der Politik abstreiten zu wollen kommt man doch nicht umhin festzustellen, dass die Nachhaltigkeit gewerkschaftlicher Erfolge durch das Fehlen einer aktiven und militanten Basis in Frage gestellt wird. Gleichzeitig verstärkt die Kooperation der Gewerkschaft mit der Politik die Kluft zwischen Führungsriege und Mitgliedern und verringert die Bereitschaft der Angestellten, für ihre Rechte zu kämpfen: Die Arbeiter erwarten eher vom Staat, dass dieser ihnen Leistungen gewährt, als von sich selbst, diese zu erkämpfen.

Wie erwähnt dominiert trotz all dieser Defizite die Auseinandersetzung mit der (ausländischen) Konzernspitze, von der Rechte und Leistungen der Gewerkschaften ständig bedroht und beschnitten werden, die gewerkschaftliche Arbeit. Konfliktbereitschaft wird jedoch entweder aus dem Unternehmen heraus auf die Ebene der Staates gelenkt und dort politisch artikuliert, oder noch auf der gleichen Ebene aufgelöst, nicht zuletzt aufgrund der hartnäckigen Tradition informellen Aushandelns und informeller Kooperationen, beispielsweise mit technischen Leitern und Abteilungsleitern. Auf dieser Ebene sind die Angestellten noch Gewerkschaftsmitglieder. Sie selbst vermeiden meist den Ausdruck »Konflikt«, da es keine Streitfragen gibt, die die Arbeiter zum Streik bewegen, bevor sich eine Lösung findet. Protestaktivitäten der Gewerkschaften fanden überhaupt nicht statt. Wurden welche angekündigt (zum Beispiel anlässlich der Forderung nach Prämien im Jahr 2005), wurden sie verschoben und, sobald Forderungen auch nur teilweise erfüllt wurden, abgesagt. Ihre Kämpfe konzentrierten sich stattdessen auf die Lobbyarbeit beim Staatlichen Vermögensfonds und konkrete Aktionen blieben aus. Aus Angst vor dem Stopp von Maschinen und vor Schwierigkeiten bei der Mobilisierung ihrer Mitglie-

der agiert die Gewerkschaft nicht »radikal« und organisiert keinen Protest. Aus Angst, ihren Arbeitsplatz zu verlieren, weigern sich die Arbeiter, an Streiks teilzunehmen und bleiben lieber ruhig. Etwa fünf Prozent

sind aktive Mitglieder und wären bereit, an kollektiven Aktionen teilzunehmen.

Übersetzung aus dem Englischen: Sophie Hellgardt

Lesetipp:

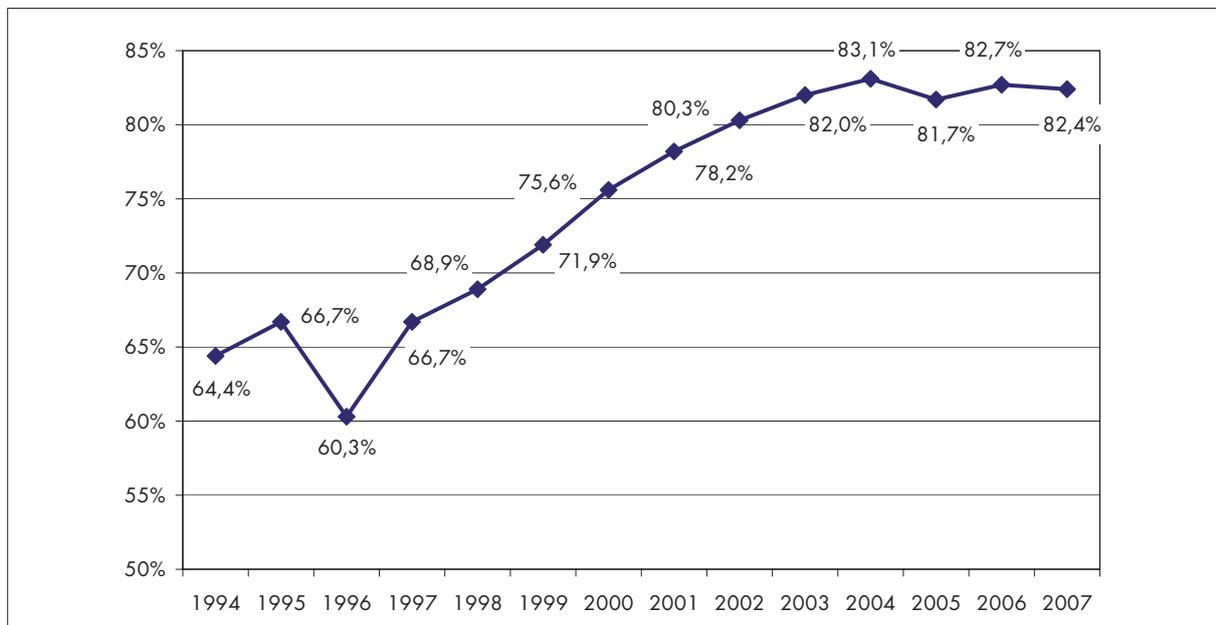
Lyudmyla Volynets: Dynamics in Industrial Relations in the Post-Soviet Transformation: The Impact on Trade Unions in Foreign Companies in Ukraine, Paper to the 3rd Changing Europe Summer School, Bremen 2008

http://www.changing-europe.org/download/Summer_School_2008/Volynets.pdf

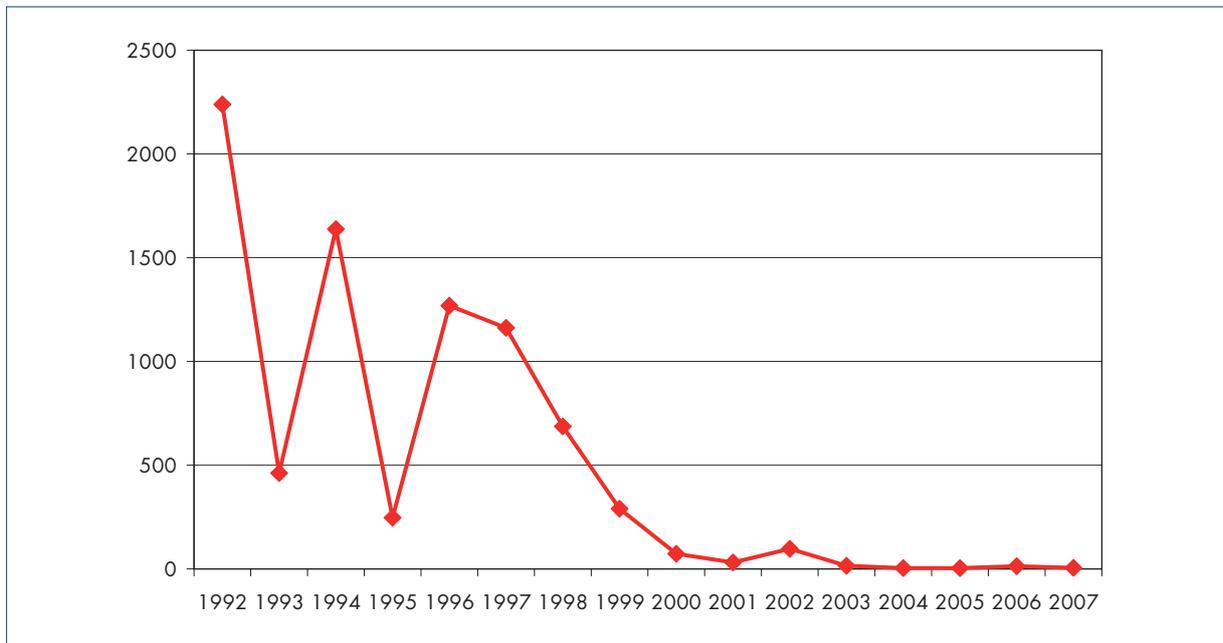
Grafiken zum Text

Tarifverträge und Streiks

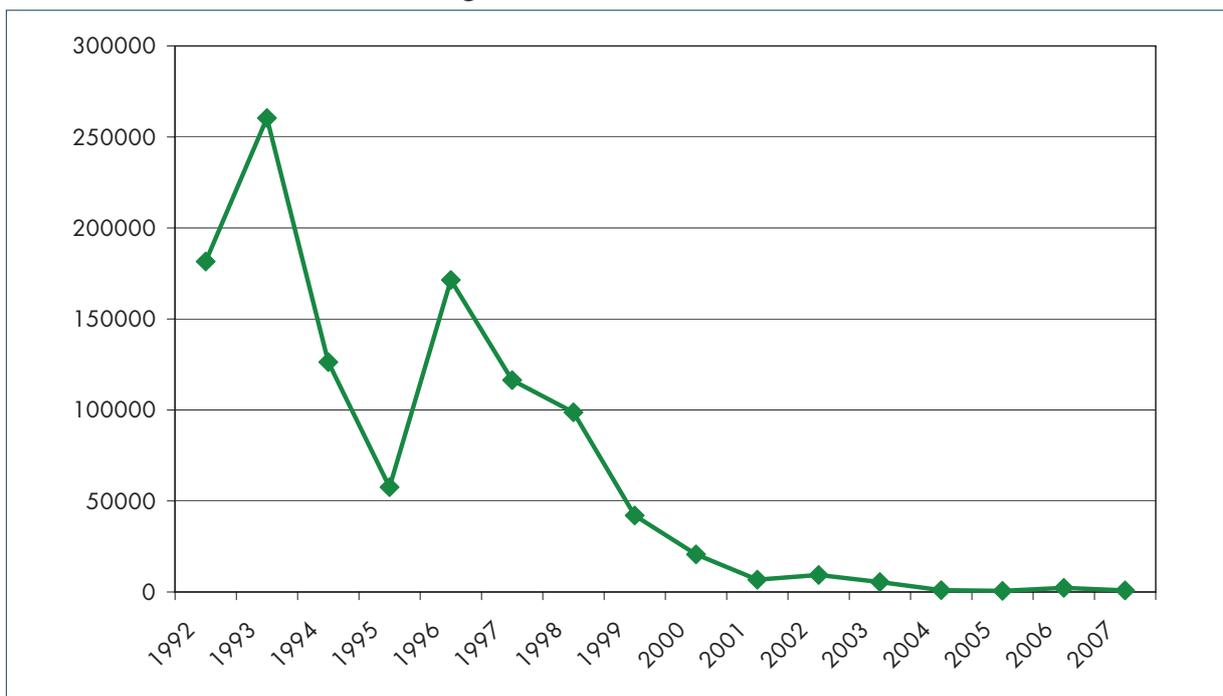
Grafik 1: Reichweite von Tarifverträgen (in % aller Arbeitnehmer)



Quelle: Ukrainisches Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik, <http://www.mlsp.gov.ua>

Grafik 2: Zahl der Streiks


Quelle: International Labour Organisation, <http://laborsta.ilo.org/>

Grafik 3: Zahl der an Streiks beteiligten Arbeitnehmer


Quelle: International Labour Organisation, <http://laborsta.ilo.org/>

Chronik
Vom 28. Oktober bis zum 11. November 2008

28.10.2008	Das Kiewer Berufungsgericht hebt den Beschluss des Kreisverwaltungsgerichts der Hauptstadt über die Aussetzung des Präsidentenerlasses zur Parlamentsauflösung und Ausrufung vorgezogener Wahlen aufgrund einer Beschwerde der Präsidentsverwaltung auf. Auch das Verfahren zur Anerkennung des Erlasses als nicht verfassungsmäßig wird fallen gelassen, denn diese Frage könne nur vom Verfassungsgericht entschieden werden.
29.10.2008	Das Parlament spricht sich in erster Lesung für das Gesetzespaket des Präsidenten Viktor Juschtschenko zur Bekämpfung der Folgen der Finanzkrise aus. Kurz drauf lehnt das Parlament den vom Block Unsere Ukraine eingebrachten Vorschlag zur Änderung des Haushalts 2008 zwecks Finanzierung vorgezogener Parlamentswahlen ab. Unsere Ukraine fordert daraufhin eine Änderung im Gesetzespaket des Präsidenten. Der Block Timoschenko droht mit einer Parlamentsblockade, falls die Änderung tatsächlich vorgenommen werde.
31.10.2008	Nachdem Parlamentspräsident Arsenij Jazenjuk die Parlamentssitzung wegen Blockaden des Block Timoschenko unterbrochen hatte, stimmt das Parlament endgültig für das Gesetzespaket des Präsidenten Viktor Juschtschenko zur Bekämpfung der Folgen der Finanzkrise, ohne dass darin die Finanzierung vorgezogener Parlamentswahlen geregelt wäre. Die Gesetze sehen die Schaffung eines staatlichen Stabilisierungsfonds aus Geldern der Privatisierung von Staats Eigentum vor sowie Unterstützungszahlungen an angeschlagene Banken.
3.11.2008	Präsident Viktor Juschtschenko unterschreibt das Gesetzespaket zur Bewältigung der Finanzkrise. Somit ist die wichtigste Voraussetzung für einen Kredit des IWF über 16,5 Mrd. US-Dollar erfüllt. Zwei Tage später wird dieser genehmigt und ein Viertel des auf zwei Jahre ausgelegten Hilfspaketes wird sofort freigegeben.
4.11.2008	Präsident Viktor Juschtschenko unterschreibt einen Erlass zur Kürzung des Stabs der Präsidentsverwaltung, des Nationalen Rates für Sicherheit und Verteidigung und weiterer Behörden um ein Viertel.
4.11.2008	Das Parlamentspräsidium der Krim ruft Präsident Viktor Juschtschenko auf, die Verfügung des Nationalrates für Radio und Fernsehen aufzuheben, die den Kabelnetzbetreibern vorschreibt, alle Sender abzuschalten, die nicht der ukrainischen Gesetzgebung entsprechen. Da in erster Linie russische Sender betroffen sind, werden dahinter politische Motive vermutet.
7.11.2008	Präsident Viktor Juschtschenko empfiehlt der Regierung den bisherigen Haushaltsplan aus dem Parlament zurückzunehmen und einen neuen Plan für 2009 zu entwerfen, da die Finanzkrise neue Verhältnisse geschaffen habe.
7.11.2008	Die Kommunistische Partei gibt bekannt, dass sie bei vorgezogenen Parlamentswahlen nicht mit anderen Parteien in einem Block antreten werde, da es keine geeigneten Partnerparteien gäbe.
7.11.2008	Der Rat für Nationale Sicherheit und Verteidigung befindet die Anstrengungen der Regierung zur Bekämpfung der Folgen des Hochwassers im Westen der Ukraine für mangelhaft. Einige Tage zuvor hatte Präsident Viktor Juschtschenko seiner Unzufriedenheit mit der Regierungsarbeit auf diesem Gebiet Ausdruck verliehen. Der Rat beschließt ebenfalls die Umstrukturierung des Sicherheitsdienstes der Ukraine, um die Depolitisierung des Organs voranzutreiben.
7.11.2008	Aus Anlass des 91. Jahrestages der Oktoberrevolution finden sich in Kiew 5.000 Anhänger der Kommunistischen Partei zu einer Demonstration zusammen. Mit antikommunistischen Losungen treten 50 Anhänger der Allukrainischen Vereinigung Swoboda/Freiheit auf.
9.11.2008	Sergej Lawrow, Außenminister Russlands, widerspricht den Vorwürfen des Abteilungsleiters für Territoriumsfragen im ukrainischen Außenministerium, Russland versuche in der Straße von Kertsch den Grenzverlauf zu verändern. Lawrow betont, dass es hier noch nie eine festgelegte Grenze gegeben habe, diese damit also auch nicht verschoben werden könne.
11.11.2008	Im Parlament wird der Eingang eines Antrages zur Absetzung des Parlamentspräsidenten Arsenij Jazenjuk registriert. Verfasser ist Wladislaw Lukjanow, Abgeordneter der Partei der Regionen. Er beklagt in erster Linie, das Jazenjuk es nicht schaffe, allen Abgeordneten die gleichen Diskussions- und Einflussmöglichkeiten im Parlament einzuräumen. Das Parlament setzt den Antrag auf die Tagesordnung. Die Sitzung muss jedoch unterbrochen werden, da Abgeordnete des Block Timoschenko die Tribüne im Parlament blockieren. Sie sind entschieden gegen die Absetzung Jazenjuks. Am 17.9. hatte Jazenjuk selbst seinen Rücktritt eingereicht und wiederholt das Parlament gebeten, ihn zu entlassen.

Die Ukraine-Analysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

ISSN 1862-555X © 2008 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.laender-analysen.de/ukraine

Lesetipp

Die Ukraine zwischen Ost und West. Außenpolitische und kulturelle Orientierungen

Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa, Bremen Nr. 99 – Oktober 2008

Herausgegeben von Heiko Pleines

ISSN: 1616-7384

Bezugspreis pro Heft: 4 Euro + Portokosten

Bestellungen an: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de

Forschungsstelle Osteuropa, Publikationsreferat, Klagenfurter Str. 3, 28359 Bremen

Inhalt

Verzeichnis der Grafiken	5
Verzeichnis der Tabellen	6
<i>I: Die Ukraine und die EU</i>	
<i>Sabine Fischer</i>	
Die Ukraine und die ENP	9
<i>Katrin Böttger</i>	
Die Beziehungen der Europäischen Union zur Ukraine	13
<i>Julia Langbein</i>	
FTA+ statt Mitgliedschaft: Über ukrainische Interessenlagen und europäische Handlungsspielräume	16
Wichtige Etappen der EU-Ukraine-Beziehungen	21
Die Haltung der EU-Bevölkerung zur Beitrittsperspektive der Ukraine	21
Die Einschätzung der Europäischen Nachbarschaftspolitik durch die EU-Bevölkerung	22
<i>II: Die Ukraine und die NATO</i>	
<i>Martin Malek</i>	
Zur Reform der Streitkräfte der Ukraine	27
Statistiken zu den ukrainischen Streitkräften	30
<i>Rainer Lindner</i>	
Die Krim als neuer »Frozes Conflict«?	32
Die Beziehungen der Ukraine mit der NATO	33
<i>III: Die Ukraine und Russland</i>	
<i>Sabine Fischer</i>	
Die Ukraine und Russland – Scheidung auf Raten	39
Die außenwirtschaftlichen Beziehungen der Ukraine	43
<i>Heiko Pleines</i>	
Der Erdgaskonflikt zwischen Russland und der Ukraine	45
Der russisch-ukrainische Erdgashandel	48
<i>André Härtel</i>	
Interner Machtkampf dominiert Kiews Außenpolitik. Die politische Elite der Ukraine und der russisch-georgische Konflikt	52
	19

Die öffentliche Meinung in der Ukraine zum russisch-georgischen Konflikt und seinen Folgen für die Ukraine	54
<i>IV: Kulturelle Orientierungen</i>	
<i>Gerhard Simon</i>	
Ukrainisch – Russisch: Sprachen, Sprachgebrauch, Sprachenkonflikte in der Ukraine	59
Statistiken und Umfragen zur Sprachenfrage	65
<i>Thomas Bremer</i>	
Zur kirchlichen Situation in der Ukraine	71
<i>Andrij Portnov</i>	
Pluralität der Erinnerung	74
<i>Wilfried Jilge</i>	
»Nationalukrainischer Befreiungskampf«. Die Umwertung des Zweiten Weltkriegs in der Ukraine	76
<i>Anatolij Podolskyj</i>	
Der widerwillige Blick zurück. Judentum und Holocaust in der ukrainischen Erinnerung	81

Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa unter www.laender-analysen.de

Russlandanalysen

Die »Russlandanalysen« bieten wöchentlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

kultura. Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztex-te bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: monatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik sowie zur Ukraine. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de